

FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN KITAS UND KRIPPEN

GEBÜHRENFREIHEIT IN DIE VERFASSUNG

Gebührenfreie Bildung von der Kinderkrippe bis zum Universitätsabschluss oder zum Meisterbrief ist für die SPD eine grundsätzliche Frage von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Deshalb will die SPD die Gebührenfreiheit in der hessischen Verfassung festschreiben.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** sagte



zur Gebührenfreiheit bei Kitas und Krippen: „Der Vier-Stufen-Plan der Hessen-SPD setzt auf die vollständige

Gebührenfreiheit für die Eltern, auf Qualitätsverbesserung in den Kitas und eine dauerhafte Entlastung der Kommunen.“ Der Vorschlag der Landesregierung für ein neues Gebührenmodell sei unzureichend. Die als beitragsfrei vorgesehene Betreuungszeit in Kitas von sechs Stunden am Tag beruhe offensichtlich auf dem überkommenen Familien-



NUR DIE SPD STEHT FÜR EINE VERLÄSSLICHE ABSCHAFFUNG DER KITA- UND KRIPPENGEBÜHREN BEI GLEICHZEITIGER ENTLASTUNG DER KOMMUNEN UND QUALITÄTSVERBESSERUNG.

modell, bei dem ein Elternteil Teilzeit arbeite. Bei Kindern unter drei Jahren sehe Schwarz-Grün überhaupt keine Entlastung vor. Schon heute würden die Kinder in Hessen durchschnittlich siebeneinhalb Stunden am Tag in den Kitas und Kindergärten betreut. Die

Eltern dieser Kinder zahlten also auch künftig Gebühren. Die halbherzige Gebührenfreiheit gehe zudem zu Lasten der Städte, Gemeinden und Landkreise. „Das Land bestellt, die Kommunen bezahlen die Hälfte der Rechnung“, kritisierte Schäfer-Gümbel.

JUSTIZ DURCH PERSONALMANGEL CHRONISCH ÜBERLASTET

Die SPD-Rechtspolitikerin **Handan Özgüven** hat der Landesregierung „einen Ausverkauf der hessischen Justiz“ vorgeworfen. Seit 2012 seien unter CDU-geführten Landesregierungen 430 Stellen



abgebaut worden, seit 2003 sogar 1200 Stellen. Im Vergleich zu 1999 würden heute 53 Prozent weniger

Justizfachangestellte ausgebildet. Özgüven sagte, dass eine solche Politik für die Justiz und ihre Arbeit nicht ohne Folgen bleiben könne. Die Verfahrensdauern in Hessen lägen über dem Bundesdurchschnitt und dies betreffe sowohl die ordentliche Gerichtsbarkeit wie auch die Fachgerichte. „Das Personal in der hessischen Justiz ist chronisch



überlastet, angeführt von den Richtern der Verwaltungsgerichte mit einer Belastungsquote von 159 Prozent.“ Die unglaubliche Länge der Verfahren führe auch dazu, dass nicht angemessen geurteilt werden könne.

Der Rechtsstaat kapituliere, wenn die CDU-geführte Landesregierung ihn weiter kaputtspare.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

NATIONALE BILDUNGSALLIANZ GUT FÜR HESSEN

Die von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz vorgeschlagene Bildungsallianz hat



Christoph Degen als „gut für Hessen“ gelobt und erneut die Abschaffung des Kooperationsverbotes gefordert:

„Der Bund muss sich wieder an der Finanzierung der großen Herausforderungen und Aufgaben im Bildungswesen beteiligen können. Das Kooperationsverbot ist ein Irrsinn, der Chancengleichheit, soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg verhindert.“

PROBLEME NICHT ANGEANGEN

Der schwarz-grünen Landesregierung hat **Angelika Löber**,



umweltpolitische Sprecherin, vorgeworfen, aktuelle Probleme im Bereich der Landwirtschaft nicht anzugehen. Sie kritisierte, dass Schwarz-Grün als Antwort lediglich die ökologische Landwirtschaft angepreise. Fipronil-Eier beispielsweise hätten rein gar nichts mit ökologischer Landwirtschaft oder regionalen Produkten zu tun. In Hessen würden jedoch erst seit Mitte August stichprobenartig auch Lebensmittel auf Rückstände von Fipronil untersucht. Zur Verbesserung der Situation müssten ökologische und konventionelle Landwirtschaft beitragen und hierbei durch vernünftige, politische Rahmenbedingungen unterstützt werden.



FOTO: FRAPORT

FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN AM FLUGHAFEN FORDERT DIE SPD.

GEGEN SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

In der Auseinandersetzung über die Lizenzvergabe bei den Bodenverkehrsdiensten am Frankfurter Flughafen hat sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Wolfgang Decker**



gegen prekäre Beschäftigung und schlechte Arbeitsbedingungen ausgesprochen und den Betroffenen Solidarität versichert. „Immer wieder führt der harte Konkurrenzkampf unter den Bodenverkehrsdienstleistern dazu, dass sich die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze und Löhne sorgen müssen, weil bei tarifungebundenen Anbietern in der Regel schlechtere Arbeitsbedingungen drohen. Dies darf nicht sein.“

DIESEL-FAHRVERBOTE SIND KEINE LÖSUNG

Der wirtschaftspolitische Sprecher **Tobias Eckert** hat sich klar gegen Diesel-Fahrverbote ausgesprochen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stünden vor großen Herausforderungen, um die Schadstoffbelastung in hessischen Städten zu verringern. Das Problem sei größer als man mit plumpen Fahrverboten lösen könne. „Wir wollen nicht nur eine ökologisch verträgliche, sondern auch eine sozial verträgliche Mobilität der Zukunft“, so Eckert.



Die Aufgabe der Politik sei es, gemeinsam mit alle Akteuren Lösungen zu entwickeln.

UNGLEICHBEHANDLUNG BEIM SCHÜLERTICKET

In der Debatte zum Schülerticket hat der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger** CDU und Grüne aufgefordert, den Unmut von Eltern bei der Einführung



des Tickets ernst zu nehmen: „Die SPD hat die Einführung des Schülertickets unterstützt. Nun ist es die Aufgabe der Landesregierung, bestehende Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Bleibt es bei der jetzigen Regelung im hessischen Schulgesetz, wird es an den Schulen zukünftig zwei Kategorien von Schülern geben: Diejenigen, die das Schülerticket erstattet bekommen, und diejenigen, die leer ausgehen.“

80 PROZENT ZU LASTEN DER KOMMUNEN

In der Debatte zur sogenannten Hessenkasse der schwarz-grünen Landesregierung hat **Norbert Schmitt** CDU und Grünen vor-



geworfen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. „Mit der Hessenkasse zur Kassenkreditentschuldung der hessischen Kommunen werden vor allem Bundes- und Kommunalmittel eingesetzt, während sich das Land als Verursacher der kommunalen Finanzkrise einen schlanken Fuß macht.“ Das Land selbst habe die hessischen Kommunen mit einer mangelhaften Finanzausstattung in eine in Deutschland einzigartige Verschuldungslage gebracht. Es wäre nun Aufgabe der schwarz-grünen Landesregierung, die Kommunen mit Landesmitteln aus dieser Lage zu befreien. „Tatsächlich tragen die Kommunen 80 Prozent des Entschuldungsfonds selbst, das Land nur ein Fünftel.“

BEDEUTUNGSLOS VON ANFANG AN

Die SPD kritisiert die Einrichtung der neuen Energieagentur des Landes, die von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Umweltministerin Priska Hinz vorgestellt wurde. Dazu



Timon Gremmels: „Sie wird ohne jede Bedeutung sein, denn diese Landesenergieagentur ist keine eigenständige Einrichtung. Sie finanziert sich nur durch projektbezogene Aufträge. Der Etat wird entsprechend knapp sein.“



FOTO: THERESA DRECHSLER

BEIM 3. FORUM BILDUNG DER SPD-FRAKTION GING ES UM POLITISCHE BILDUNG. AUF DEM PODIUM (V.L.NR.) PROF. DR. BERND OVERWIEN (UNI KASSEL), CHRISTOPH DEGEN, MAIKE WIEDWALD (STV. GEW.-VORSITZENDE HESSEN) UND FABIAN PFLUME (LANDESSCHULSPRECHER).

LEHRERMANGEL GELEUGNET

Zu Schuljahresbeginn hat **Christoph Degen** der schwarz-grünen Koalition vorgeworfen, den Lehrermangel zu leugnen. Die Landesregierung rechne sich die Lage mit statistischen Mittelwerten schön. „CDU und Grüne loben sich für die Schaffung von Stellen, die sie aber nicht besetzen können. Aber eine Planstelle gibt keinen Unterricht, sondern nur ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Die aber fehlen überall.“

So könne das Land 100 Stellen an den Grundschulen des Landes

nicht besetzen. Das sei allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Zu viel Unterricht falle aus oder werde fachfremd erteilt. „Rund 6000 Personen unterrichten heute in Hessen ohne Lehramt oder Lehrbefähigung und mit teilweise fragwürdiger Qualifikation.“ Schülerinnen und Schüler hätten Anspruch auf qualifizierten Unterricht mit qualifiziertem Lehrpersonal. „Das fehlt aber, weil Schwarzgrün einfach zusieht, wie sich die Arbeitsbedingungen an den Schulen immer weiter verschlechtern.“

BÜRGER FRÜHZEITIG BETEILIGEN

Im Projekt einer UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Main Spitze sieht **Marius Weiß** interessante Ansätze, weshalb eine Machbarkeitsstudie von der SPD grundsätzlich befürwortet werde. „Eine Biosphärenregion in einer Metropolregion zu etablieren ist eine große Herausforderung. Die Chancen und



Risiken sind unter wissenschaftlicher Begleitung genau zu ermitteln und abzuwägen“, sagte Weiß. Zwingend notwendig sei, dass die Landesregierung die betroffenen Vertreter der Zivilgesellschaft einbinde. Leider seien hier aber starke Defizite der Landesregierung erkennbar.



INVESTITIONSTAU LÄHMT HESSEN

BEZAHLBARE MOBILITÄT FÜR ALLE

Was die schwarz-grüne Regierung in der Verkehrs- und Mobilitäts politik zustande bringt, stellt nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsit-

bel in seiner Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Die angeblich historischen Sum-

Schäfer-Gümbel verwies auf den erwarteten Bevölkerungsanstieg: „Der Ballungsraum Rhein-Main insgesamt muss sich auf 230.000 zusätzliche Einwohner einstellen. Die bestehende Straßen- und Schieneninfrastruktur wird unter einem solchen Bevölkerungswachstum schlichtweg kollabieren. Und von der Landesregierung kommt dazu nichts – kein Plan, keine Idee, nicht einmal an ein Problemaufriss.“

Er forderte einen zügigen Ausbau insbesondere der Schienenverbindungen im Land. Dazu müssten Planung und Bau rechtssicher beschleunigt werden.

Hessen leide unter einem enormen Investitionstau bei der klassischen Verkehrsinfrastruktur, die in der Regierungszeit der CDU seit 1999 systematisch vernachlässigt worden sei.



FOTO: KAWEH MANSOORI

DAS THEMA MOBILITÄT STAND IM MITTELPUNKT DER SOMMERTOUR VON THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, HIER BEI EINER PROBEFAHRT MIT DER STRASSENBAHN IN KASSEL.

zenden **Thorsten Schäfer-Gümbel** die Geduld der Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag auf eine harte Probe.

„Das Stauland Hessen hat nicht die Infrastruktur, welche die Menschen und die Unternehmen hier brauchen. Die Straßen sind verstopft, in den Zügen stapeln sich die Pendler“, sagte Schäfer-Gümbel

men, mit denen die Landesregierung Verkehrspolitik simuliert, sind nur Tropfen auf heiße Steine.“

KINDER SCHÜTZEN

Um die Gesundheit von Kindern optimal zu fördern, ist es notwendig, die ganze Familie in den Blick zu nehmen, so die SPD-Abgeordnete **Dr. Daniela Sommer**. Deshalb dürfe sich das Gesundheitsschutzgesetz nicht darauf beschränken, zur Teilnahme an Vorsorgeterminen für Kinder zu motivieren. Die SPD fordere als Kern eines solchen Gesetzes die Vorhaltung eines koordinierten und multiprofessionellen Angebots auch für Mütter und Väter sowie schwangere Frauen und werdende Väter.



MEHR WEITERBILDUNG

Eine gezielte Förderung von Weiterbildung in Hessen hat **Wolfgang Decker** gefordert. Der Bildungsurlaubsbericht habe ergeben, dass die Weiterbildung sowohl auf Angebots- und Nachfrageseite zum Teil deutlichen Schwankungen unterliege. „Der Staat muss das Interesse zur Teilnahme am öffentlichen Leben wieder stärken. Das betrifft nicht nur das berufliche Umfeld, sondern gerade auch die politische und gesellschaftspolitische Bildung, das Gemeinwohl und das ehrenamtliche Engagement.“



Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Christoph Gehring
 Martina Häusl-David
 Valeska Fuhr